



GEMEINDE NIEDERNBERG

Auszug aus dem Sitzungsbuch der Gemeinde Niedernberg

Sitzung des Gemeinderates am 25.06.2019

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes war nicht öffentlich.
Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, Beschlussfähigkeit war gegeben.

3. Informationen des ersten Bürgermeisters

- In der Gemeinderatssitzung im Juli soll ein Beschluss bzgl. der **Umgehungsstraße Sulzbach** gefasst werden. In diesem Beschluss soll Inhalt sein, dass weder das Schreiben noch die Vorstellung in der Gemeinderatssitzung überzeugen konnten. Hauptthema soll sein, dass die Verkehrszahlen fragwürdig sind, die zu Grunde gelegten Zahlen weichen immens von den vorliegenden DTV-Zahlen ab. Die weiteren Punkte Lärm und Hochwasser sollen nur am Rande herangezogen werden. Bzgl. dem Lärm wird darauf verwiesen, dass der Main in der Distanz unbeachtet bleiben sollte, die Entfernung tatsächlich jedoch mit eingerechnet wurde.
- Familie **Pozega** hat den Beschlussvorschlag gelesen und daraufhin den Punkt von der Tagesordnung nehmen lassen. Ggf. wollen sie das Schwimmbad nicht realisieren.
- Für die Realisierung des **Fährliegeplatzes** gab es in der vergangenen Woche einen Termin mit dem Wasserwirtschaftsamt. Diese können die alte Fähranlegestelle nicht unterstützen, da dies die engste Stelle im Main ist und zusätzlich ein Krümmungsradius vorhanden ist. Weiterhin soll kein Präzedenzfall für eine Bootsanlegestelle geschaffen werden. Dennoch ist das Wasserwirtschaftsamt an einer Lösungsfindung interessiert. Es schlägt vor, die Fähre nördlich des Bubebadeplatzes anzulegen. Diese Variante wird aktuell geprüft. Sollte dies ermöglicht werden, sollen in diesem Zug die großen Steine am Bubebadeplatz entfernt und Kies eingebracht werden. Im Hochwasserfall müsste die Fähre in den Schutzhafen Erlenbach gebracht werden. Als Einstiegsstelle käme die Fähranlegestelle oder die Natorampe (Parkplätze) in Betracht.
- Für die Umsetzbarkeit des **Bussondertarifs** über die Ortsgrenze hinaus informierte die VU, dass es hier Tarifprobleme gibt. Landrat Scherf teilte mit, dass der Landkreis ebenfalls an einer Lösung interessiert sei und seitens den Kommunen keine Alleingänge vorgenommen werden sollten um das Vorhaben nicht zu gefährden.